
S 7 U 50/13

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

| | |
|---------------|---|
| Land | Bundesrepublik Deutschland |
| Sozialgericht | Bundessozialgericht |
| Sachgebiet | Unfallversicherung |
| Abteilung | - |
| Kategorie | Urteil |
| Bemerkung | - |
| Rechtskraft | - |
| Deskriptoren | Gesetzliche Unfallversicherung - Arbeitsunfall - sachlicher Zusammenhang - Handlungstendenz - fremdnütziges Interesse - Eintreten für einen Arbeitskollegen - arbeitsvertragliche Verpflichtung - Wahrnehmung eigener unternehmensbezogener Rechte aus dem Rechtsverhältnis - Unfallereignis - von außen auf den Körper einwirkendes Ereignis - alltäglicher Vorgang - seelische Einwirkung - Streitgespräch mit dem stellvertretenden Bankfilialleiter: weiteres Vorgehen wegen Kassenfehlers eines Arbeits- und Teamkollegen - Herzstillstand |
| Leitsätze | Auch ein alltäglicher Vorgang kann als ein von außen auf den Körper einwirkendes Ereignis ein Arbeitsunfall sein. |
| Normenkette | SGB VII § 8 Abs 1 S 1 SGB VII § 8 Abs 1 S 2 BGB § 611a |

1. Instanz

| | |
|--------------|-------------|
| Aktenzeichen | S 7 U 50/13 |
| Datum | 23.11.2015 |

2. Instanz

| | |
|--------------|-------------|
| Aktenzeichen | L 8 U 24/16 |
| Datum | 23.01.2019 |

3. Instanz

| | |
|-------|------------|
| Datum | 06.05.2021 |
|-------|------------|

Â

Auf die Revision der KlÃ¤gerin wird das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 23.Â Januar 2019 aufgehoben und der Rechtsstreit zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurÃ¼ckverwiesen.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die Beteiligten streiten darÃ¼ber, ob die KlÃ¤gerin einen Arbeitsunfall erlitten hat.

Â

2

Die 1987 geborene KlÃ¤gerin kollabierte am 12.4.2010 an ihrem Arbeitsplatz auf einem Schreibtischstuhl sitzend. Der Notarzt reanimierte sie und wies sie in ein Krankenhaus ein, wo ihr ein Defibrillator implantiert wurde. Die Beklagte verneinte einen Arbeitsunfall, weil kein plÃ¶tzliches Ã¤uÃ¶eres Ereignis vorliege und es damit schon begrifflich an einem âUnfallâ fehle. Die KlÃ¤gerin habe bei der Ã¼blichen Arbeit einen âHerzinfarktâ erlitten und auf telefonische Nachfrage selbst angegeben, dass an diesem Tag keine Besonderheiten aufgetreten seien (*Bescheid vom 22.9.2011*).

Â

3

Im April 2012 beantragte die KlÃ¤gerin, diesen Bescheid zu Ã¼berprÃ¼fen, weil sie keinen Herzinfarkt, sondern einen Herzstillstand erlitten habe. Es habe sich keinesfalls um eine normale berufliche Situation gehandelt, sondern vielmehr um einen sehr stressigen Tag. Nach GeschÃ¤ftsschluss sei eine Kassendifferenz festgestellt worden. Die Filialleiterin sei krankheitsbedingt abwesend gewesen. Sie habe mit dem Kollegen, der die âoffizielle Stellvertretungâ Ã¼bernommen habe, gestritten, weil dieser dem Gebietsleiter eine Kassendifferenz melden wollte, die ein anderer Kollege verursacht habe. Sie habe diesen Kollegen in Schutz nehmen wollen und eine Meldung fÃ¼r entbehrlich gehalten. Nach der Auseinandersetzung sei sie an ihren Schreibtisch zurÃ¼ckgekehrt und dann kollabiert. Die Beklagte lehnte es gleichwohl ab, den Verwaltungsakt vom 22.9.2011 zurÃ¼ckzunehmen (*Bescheid vom 16.11.2012 und Widerspruchsbescheid vom*

29.5.2013).

Â

4

Hiergegen hat die KlÃ¤gerin Klage erhoben. Das SG hat den Vertreter der Filialleiterin als Zeugen vernommen und die Klage abgewiesen (*Urteil vom 23.11.2015*). Das LSG hat die Berufung zurÃ¼ckgewiesen (*Urteil vom 23.1.2019*). Der âHerzstillstandâ der KlÃ¤gerin sei kein Arbeitsunfall, weil bereits kein von auÃen auf den KÃ¶rper einwirkendes Ereignis vorliege. Es habe keine Extremsituation vorgelegen. Verbale Differenzen und das Verhalten von Menschen, Ã¼ber das man sich in hohem Grade aufregen kÃ¶nne, seien Ã¼berall anzutreffen. Wie stark die Reaktion auf Herausforderungen sei, hÃ¤nge von dem jeweiligen Temperament des Betroffenen ab. Das GesprÃ¤ch mit dem Vertreter der Filialleiterin, in dessen Verlauf unterschiedliche Standpunkte sachlich und in einem angemessenen Ton ausgetauscht worden seien, habe zwar âunschÃ¶n, unharmonisch und frostigâ geendet. Dieser habe solche GesprÃ¤che jedoch als AlltagsgeschÃ¤ft bezeichnet. Eine persÃ¶nliche Haftung der KlÃ¤gerin fÃ¼r den Kassenfehlbestand habe nicht zur Debatte gestanden. Zudem werde der âplÃ¶tzliche Herztodâ gerade als ein kardialer Tod aus vollem Wohlbefinden definiert. Besondere Dispositionen, die den akuten Herztod unmittelbar verursachten, seien nicht bekannt. Bei einer Untersuchung von 955 akuten TodesfÃ¤llen seien besondere psychische Belastungen nur in 1,7% der FÃ¤lle vorausgegangen. Unerheblich sei auch, dass die Beklagte im Ursprungsbescheid von einem Herzinfarkt statt von einem plÃ¶tzlichen Herztod ausgegangen sei.

Â

5

Mit der Revision rÃ¼gt die KlÃ¤gerin eine Verletzung des [Â§ 44 Abs 1 SGB X](#) und des [Â§ 8 Abs 1 Satz 2 SGB VII](#). Ihr GesprÃ¤ch mit dem Kollegen, der die Filialleiterin vertreten habe, habe optisch und akustisch auf sie eingewirkt und einen Herzstillstand als Gesundheitsschaden verursacht. FÃ¼r ein von auÃen auf den KÃ¶rper einwirkendes Ereignis bedÃ¼rfe es keines besonderen oder ungewÃ¶hnlichen Geschehens.

Â

6

Die KlÃ¤gerin beantragt, die Urteile des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts vom 23.Â Januar 2019 und des Sozialgerichts Schleswig vom 23.Â November 2015 sowie den Bescheid der Beklagten vom 16.Â November 2012 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 29.Â Mai 2013 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, den Bescheid vom 22.Â September 2011 aufzuheben und das Ereignis vom 12.Â April 2010 als

Arbeitsunfall anzuerkennen.

Â

7

Die Beklagte beantragt,
die Revision zurückzuweisen.

Â

8

Wesentliche Faktoren für den Kollaps der Klägerin seien die *â* Torsade-de-Pointes-Tachykardien *â* mit anfallsartigem Herzrasen als innerer Ursache sowie die Einnahme eines Allergiemedikaments gewesen. Es sei auch zweifelhaft, ob die psychische Einwirkung überhaupt geeignet gewesen sei, einen kardiologischen Gesundheitsschaden hervorzurufen.

Â

II

Â

9

Die zulässige Revision der Klägerin ist im Sinne der Aufhebung des angefochtenen Urteils des LSG und Zurückverweisung der Sache an dieses Gericht begründet (*Â* 170 Abs 2 Satz 2 SGG).

Â

10

Die dem Berufungsurteil zugrunde liegenden tatsächlichen Feststellungen ([Â](#) 163 Halbsatz 1 SGG) genügen nicht, um abschließend zu entscheiden, ob das LSG die Berufung der Klägerin gegen das klageabweisende Urteil des SG zu Recht zurückgewiesen und es zutreffend abgelehnt hat, den Bescheid vom 16.11.2012 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 29.5.2013 aufzuheben, die Beklagte zu verpflichten, den Bescheid vom 22.9.2011 zurückzunehmen und das Ereignis vom 12.4.2010 als Arbeitsunfall festzustellen. Auf der Grundlage des angefochtenen Urteils lässt sich nicht beurteilen, ob der sachliche Zusammenhang zwischen der versicherten Tätigkeit als beschäftigte Bankkauffrau und dem Gespräch mit dem Stellvertreter der Filialleiterin gegeben ist und welche weiteren Einwirkungen ggf welche Gesundheitsschäden (Herzstillstand, *â* infarkt oder *â* tod) kausal und rechtlich wesentlich hervorgerufen haben.

1.Ä Im Revisionsverfahren verfolgt die KlÄxgerin ihr Begehren zulÄxssigerweise mit der kombinierten Anfechtungsâ (Ä§Ä 54 AbsÄ 1 SatzÄ 1 VarÄ 1 SGG) und mehreren Verpflichtungsklagen (Ä§Ä 54 AbsÄ 1 SatzÄ 1 VarÄ 2, Ä§Ä 56 SGG; vgl BSG Urteil vom 30.1.2020 â BÄ 2Ä U 2/18Ä RÄ â BSGE 130,Ä 1 =Ä SozR 4â 2700 Ä§Ä 8 NrÄ 70, RdNrÄ 9). Mit der Anfechtungsklage begehrt sie die gerichtliche Aufhebung der Ablehnungsentscheidung in dem Bescheid vom 16.11.2012 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 29.5.2013 (Ä§Ä 95 SGG). Die Verpflichtungsklagen zielen auf die behÄrdliche RÄcknahme des ablehnenden Verwaltungsakts in dem (Ursprungsâ)Bescheid vom 22.9.2011 und die behÄrdliche Feststellung des Ereignisses vom 12.4.2010 als Arbeitsunfall. Den Verpflichtungsklagen steht nicht entgegen, dass die KlÄxgerin â orientiert an dem Senatsurteil vom 5.9.2006 (BÄ 2Ä U 24/05Ä RÄ â BSGEÄ 97, 54Ä = SozR 4â 2700 Ä§Ä 8 NrÄ 18, RdNrÄ 9)Ä â vor dem LSG sowohl die gerichtliche Aufhebung des Ursprungsbescheids als auch die gerichtliche Feststellung des Arbeitsunfalls beantragt hatte, obwohl KlageÄnderungen (Ä§Ä 99 SGG) im Revisionsverfahren gemÄxÄ Ä§Ä 168 SatzÄ 1 SGG unzulÄxssig sind. Denn nach Ä§Ä 165 SatzÄ 1, Ä§Ä 153 AbsÄ 1, Ä§Ä 99 AbsÄ 3 NrÄ 2 SGG ist es nicht als eine Änderung der Klage anzusehen, wenn â wie hierÄ â ohne Änderung des Klagegrundes der Klageantrag in der Hauptsache erweitert oder beschrÄnkt wird. Eine solche schlichte AntragsÄnderung liegt beim Äbergang von der Anfechtungs- zur Verpflichtungs- und von der Feststellungs- zur Verpflichtungsklage jedenfalls in der gesetzlichen Unfallversicherung bei Streitigkeiten Äber die Feststellung eines Versicherungsfalles vor (vgl BSG Urteil vom 19.6.2018 â BÄ 2Ä U 1/17Ä RÄ â SozR 4â 2700 Ä§Ä 2 NrÄ 42 RdNrÄ 8 mwN).

2.Ä Die erstrebte RÄcknahme des ablehnenden Verwaltungsakts in dem (Ursprungsâ)Bescheid vom 22.9.2011 richtet sich nach Ä§Ä 44 SGBÄ X. Danach ist ein (iS von Ä§Ä 44 AbsÄ 1 SGBÄ X) nicht begÄnstigender Verwaltungsakt zurÄckzunehmen, soweit er (anfÄnglich) rechtswidrig ist. Der Verwaltungsakt ist immer mit Wirkung fÄr die Zukunft zurÄckzunehmen (Ä§Ä 44 AbsÄ 2 SatzÄ 1 SGBÄ X), soweit er noch Rechtswirkungen hat, also noch nicht iS des Ä§Ä 39 AbsÄ 2 SGBÄ X erledigt ist. Die RÄcknahme hat (gebundene Entscheidung) fÄr die Vergangenheit zu erfolgen, wenn wegen der Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes â Sozialleistungenâ zu Unrecht nicht erbracht worden sind (Ä§Ä 44 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ X). Das Gebot zur rÄckwirkenden RÄcknahme gilt nicht in bestimmten FÄllen der BÄsglÄubigkeit (Ä§Ä 44 AbsÄ 1 SatzÄ 2 SGBÄ X). Im Äbrigen â kannâ (Ermessen) der anfÄnglich rechtswidrige Verwaltungsakt auch in sonstigen FÄllen, dh auÄerhalb des Ä§Ä 44 AbsÄ 1 SatzÄ 1 SGBÄ X, fÄr die Vergangenheit zurÄckgenommen werden (Ä§Ä 44 AbsÄ 2 SatzÄ 2 SGBÄ X; vgl BSG Urteil vom 6.9.2018 â BÄ 2Ä U 10/17Ä RÄ â BSGE 126, 244Ä = SozR

4â€5671 AnlÂ 1 NrÂ 2108 NrÂ 9, RdNrÂ 9). Ob die ursprÂngliche Entscheidung der Beklagten in dem Bescheid vom 22.9.2011, einen Arbeitsunfall abzulehnen, anfÂnglich rechtswidrig gewesen und somit zu Unrecht ergangen ist, kann der Senat mangels ausreichender Feststellungen des LSG nicht abschlieÂnd entscheiden.

Â

13

ArbeitsunfÂlle sind nach [Â§ 8 Abs 1 Satz 1 SGB VII](#) UnfÂlle von Versicherten infolge einer den Versicherungsschutz nach [Â§ 2, 3](#) oder [6 SGB VII](#) begrÂndenden TÂtigkeit (versicherte TÂtigkeit). UnfÂlle sind nach [Â§ 8 Abs 1 Satz 2 SGB VII](#) zeitlich begrenzte, von auÂen auf den KÂrper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod fÂhren. Ein Arbeitsunfall setzt daher voraus, dass die Verrichtung zurzeit des Unfalls der versicherten TÂtigkeit zuzurechnen ist (innerer oder sachlicher Zusammenhang). Die Verrichtung muss zu einem zeitlich begrenzten, von auÂen auf den KÂrper einwirkenden Ereignis â dem Unfallereignis â gefÂhrt haben (UnfallkausalitÂt) und das Unfallereignis muss einen Gesundheitsschaden oder den Tod des Versicherten objektiv und rechtlich wesentlich verursacht (haftungsbegrÂndende KausalitÂt) haben (*stRspr*; vgl zuletzt zB BSG Urteile vom 23.6.2020 â [B 2 U 12/18 R](#) â SozR 4â€2700 Â§ 2 Nr 54 RdNr 8 und vom 6.10.2020 â [B 2 U 9/19 R](#) â *juris* RdNr 18 sowie [B 2 U 13/19 R](#) â *juris* RdNr 8, beide zur VerÂffentlichung in SozR 4 vorgesehen jeweils *mwN*). Unerheblich ist, ob die Erkrankung den Leistungsfall auslÂsende Folgen nach sich zieht (haftungsausfÂllende KausalitÂt). âVersicherte TÂtigkeitâ, âVerrichtungâ, âEinwirkungenâ und âKrankheitâ mÂssen im Vollbeweis â also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit â vorliegen. FÂr die nach der Theorie der wesentlichen Bedingung zu beurteilenden UrsachenzusammenhÂnge genÂgt indes die hinreichende Wahrscheinlichkeit, aber nicht die bloÂe MÂglichkeit (*stRspr*; zuletzt BSG Urteil vom 6.9.2018 â [B 2 U 10/17 R](#) â [BSGE 126, 244](#) = SozR 4â€5671 Anl 1 Nr 2108 Nr 9, RdNr 13 *mwN*). Die Feststellungen des LSG reichen nicht aus, um abschlieÂnd zu beurteilen, ob die KlÂgerin infolge einer Verrichtung, die mit ihrer grundsÂtzlich versicherten TÂtigkeit als beschÂftigte Bankangestellte in einem sachlichen Zusammenhang stand (*dazu a*), einen Unfall erlitten hat, weil ein zeitlich begrenztes, von auÂen auf den KÂrper einwirkendes Ereignis (*dazu b*) einen Gesundheitsschaden (*dazu c*) objektiv und rechtlich wesentlich verursacht hat (*dazu d*).

Â

14

a)Â Es ist bereits unklar, ob das GesprÂch mit dem Vertreter der Filialleiterin am 12.4.2010 Âberhaupt im Rahmen der grundsÂtzlich versicherten TÂtigkeit der KlÂgerin als beschÂftigte Bankkauffrau stattfand. Eine nach [Â§ 2 Abs 1 Nr 1](#)

[SGBÄ VII](#) versicherte TÄxtigkeit erfordert das Vorliegen einer Verrichtung, deren Ergebnis nicht der BeschÄxtigten selbst, sondern dem Unternehmer unmittelbar zum VorÄÄ oder Nachteil gereicht (*vgl. ÄÄÄ 136 AbsÄ 3 NrÄ 1 SGBÄ VII*). Eine BeschÄxtigung (*ÄÄÄ 7 AbsÄ 1 SGBÄ IV*) wird ausgeÄ¼bt, wenn die Verrichtung zumindest dazu ansetzt und darauf gerichtet ist, entweder eine eigene objektiv bestehende Haupt- oder Nebenpflicht aus dem zugrunde liegenden RechtsverhÄxltnis zu erfÄ¼llen (*dazuÄ aa*) oder die Betroffene eigene unternehmensbezogene Rechte aus der BeschÄxtigung ausÄ¼bt (*dazuÄ bb*) oder sie eine objektiv nicht geschuldete Handlung vornimmt, um eine vermeintliche Pflicht aus dem RechtsverhÄxltnis zu erfÄ¼llen, sofern sie nach den besonderen UmstÄxnden ihrer BeschÄxtigung zur Zeit der Verrichtung annehmen durfte, sie treffe eine solche Pflicht (*dazuÄ cc; zum Ganzen BSG Urteile vom 6.10.2020 ÄÄÄ [BÄ 2Ä U 13/19Ä RÄ](#) ÄÄÄ juris RdNrÄ 16Ä ÄÄÄ ÄÄÄHÄ¼pfkissenÄÄÄ ÄÄÄ zur VerÄ¼ffentlichung in SozRÄ 4 vorgesehen; vom 26.11.2019 ÄÄÄ [BÄ 2Ä U 8/18Ä RÄ](#) ÄÄÄ SozR 4ÄÄÄ2700 ÄÄÄ 8 NrÄ 71 RdNrÄ 13 ÄÄÄÄ ÄÄÄFahrdienstleiterÄÄÄ; vom 27.11.2018 ÄÄÄ [BÄ 2Ä U 7/17Ä RÄ](#) ÄÄÄ SozR 4ÄÄÄ2700 ÄÄÄ 8 NrÄ 66Ä ÄÄÄ ÄÄÄHauswirtschafterinÄÄÄ; vom 6.9.2018 ÄÄÄ [BÄ 2Ä U 18/17Ä RÄ](#) ÄÄÄ SozR 4ÄÄÄ2700 ÄÄÄ 2 NrÄ 47 RdNrÄ 21Ä ÄÄÄ ÄÄÄStÄ¼berhundefÄ¼hrerÄÄÄ; vom 30.3.2017 ÄÄÄ [BÄ 2Ä U 15/15Ä RÄ](#) ÄÄÄ [NJW 2017, 2858](#) RdNrÄ 15Ä ÄÄÄ ÄÄÄBarbesuchÄÄÄ; vom 5.7.2016 ÄÄÄ [BÄ 2Ä U 19/14Ä RÄ](#) ÄÄÄ [BSGE 121, 297Ä](#) = SozR 4ÄÄÄ2700 ÄÄÄ 2 NrÄ 36, RdNrÄ 12; grundlegend Urteil vom 15.5.2012 ÄÄÄ [BÄ 2Ä U 8/11Ä RÄ](#) ÄÄÄ [BSGE 111, 37Ä](#) = SozR 4ÄÄÄ2700 ÄÄÄ 2 NrÄ 20, RdNrÄ 27Ä ff). Auf der Grundlage des festgestellten Sachverhalts lÄxsst sich schon nicht beurteilen, ob die Handlungstendenz der KlÄxgerin wÄxhrend des GesprÄxchs mit dem Stellvertreter der Filialleiterin Ä¼berhaupt darauf gerichtet war, eine versicherte Verrichtung im soeben aufgezeigten Sinne auszuÄ¼ben. Insofern wird das LSG Anlass, Inhalt sowie die konkreten (BegleitÄÄÄ)UmstÄxnde des GesprÄxchs festzustellen und ggf zu ermitteln haben.*

Ä

15

aa)Ä Wie sich aus dem Tatbestand des angefochtenen Urteils ergibt (*BIÄ 4Ä f des LSG-Urteils*), hat die KlÄxgerin ihre Klage ua damit begrÄ¼ndet, sie habe den Zeugen, der als offizieller Vertreter der Ä Filialleiterin fungiert habe, in dem (StreitÄÄÄ)GesprÄxch am 12.4.2010 auf einen zweifachen VerstoÄ¼ gegen bankinterne ÄÄÄBearbeitungsvorschriftenÄÄÄ hingewiesen, wonach eine Kassendifferenz der ÄÄÄnÄxchstÄ¼heren StelleÄÄÄ erst zu melden sei, wenn ein filialinternes Kontrollverfahren eine ÄÄÄechte DifferenzÄÄÄ in bestimmter HÄ¼he ergeben habe und nicht nur ein ÄÄÄBearbeitungsfehlerÄÄÄ vorliege. Dieses ÄÄÄbestimmte MeldeverfahrenÄÄÄ sei ÄÄÄim Unterschied zu frÄ¼heren KassendifferenzenÄ ÄÄÄ am fraglichen TagÄ ÄÄÄ nicht eingehalten wordenÄÄÄ. Sollte dies zutreffen, hÄxtte die KlÄxgerin ÄÄÄÄ im fremdnÄ¼tzigen Interesse der UnternehmerinÄ ÄÄÄ ihre tatsÄxchlich bestehende allgemeine Nebenpflicht aus dem ArbeitsverhÄxltnis erfÄ¼llt, auf die Einhaltung regelkonformen Verhaltens (auch durch ÄÄÄRemonstrationÄÄÄ) und die Wahrung der betrieblichen Ordnung hinzuwirken (*BSG Urteil vom 11.5.1995 ÄÄÄÄ [2Ä RU 8/94Ä](#) ÄÄÄ juris RdNrÄ 18; vgl*

auch Preis in Erfurter Kommentar, 21. Aufl 2021, [Â§Â 611a BGB RdNrÂ 738](#)) und die Unternehmerin auf VerstÄ¶e gegen selbst gesetzte Regelungen im Unternehmen hinzuweisen. Dazu wird das LSG ggf die unternehmensinternen Weisungen ([Â§Â 106 SatzÂ 2 Gewerbeordnung](#)) der Unternehmerin Å¼ber den Umgang mit Kassendifferenzen beziehen mÅ¼ssen. Sollte das Verfahren regelkonform gewesen und es Å¼nur um Konsequenzen fÅ¼r den Kollegen gegangenÅ¼ sein (*BIÂ 10 des LSG-Urteils*), den die KlÄ¶gerin altruistisch habe in Schutz nehmen wollen (*BIÂ 3 des LSG-Urteils*), hÄ¶tte sie Å¼vorbehaltlich spezieller RegelungenÅ¼ Å¼ keine eigene objektiv bestehende HauptÅ¼ oder Nebenpflicht aus ihrem ArbeitsverhÄ¶ltnis mit der Unternehmerin erfÄ¼llt. Denn fÅ¼r BeschÄ¶ftigte besteht grundsÄ¶tzlich keine Rechtspflicht, sich bei Vorgesetzten oder der Unternehmerin fÅ¼r Arbeitskollegen einzusetzen.

Â

16

bb)Å Sollte die KlÄ¶gerin, wie sie im Klageverfahren behauptet hat (*BIÂ 5 des LSG-Urteils*), Å¼auch persÄ¶nlich und arbeitsrechtlich von der Kassendifferenz betroffen gewesenÅ¼ sein, Å¼da eine Teamhaftung bestanden und eine Abmahnung gedroht habeÅ¼, hÄ¶tte sie eigene unternehmensbezogene Rechte aus der BeschÄ¶ftigung geltend gemacht, als sie den Vertreter der Filialleiterin zur Rede stellte. Dasselbe wÄ¶rde gelten, wenn sie in dem GesprÄ¶ch fÅ¼r andere, eigene Belange im weitesten Sinne eingetreten wÄ¶re, ihr der KassenfehlbestandÅ¼ zB indirekt-mittelbar als Mitglied eines Teams hÄ¶tte angelastet werden kÄ¶nnen, auch wenn sie nach Ansicht der Beklagten Å¼tatsÄ¶chlich nicht die unmittelbare Verantwortung fÅ¼r den KassenfehlerÅ¼ Å¼ getragenÅ¼ habe (*BIÂ 3 des LSG-Urteils*). Sollte dagegen Å¼wie der Vertreter der Filialleiterin als Zeuge ausgesagt hatÅ¼ Å¼eine persÄ¶nliche Haftung seitens der KlÄ¶gerinÅ¼ Å¼ nicht zur Debatte gestandenÅ¼ haben, sondern nur die Mankohaftung des Kollegen mit drohenden persÄ¶nlichen oder arbeitsrechtlichen Konsequenzen allein fÅ¼r ihn, kÄ¶me Versicherungsschutz unter dem Gesichtspunkt der Wahrnehmung eigener unternehmensbezogener Rechte bei der Regelung innerbetrieblicher Belange bzw sozialer Angelegenheiten in Betracht (*dazu BSG Urteil vom 15.5.2012 Å¼BÂ 2Â U 8/11Â RÂ Å¼ BSGE 111, 37Â = SozR 4-2700 Â§Â 2 NrÂ 20, RdNrÂ 60; Keller in Hauck/Noftz, SGBÂ VII, Stand 2/21, Â§Â 8 RdNrÂ 18b, 57*). Denn im ArbeitsverhÄ¶ltnis dÄ¶rft in der Regel Å¼jedermannÅ¼ (*vgl nur ArtÂ 9 AbsÂ 3 SatzÂ 1 GG*) als mÅ¼ndiger BeschÄ¶ftigter und mÅ¼ndige BeschÄ¶ftigte berechtigt sein, auf vermeintliche MissstÄ¶nde hinzuweisen, mutmaÄ¶liche Fehlentwicklungen unternehmensintern zur Sprache zu bringen und sich adÂ hoc mit anderen zu solidarisieren, insbesondere wenn es um Arbeitsbedingungen und den fairen Umgang mit Arbeitskollegen geht. Ein damit korrespondierendes Gebot an den Arbeitgeber, Å¼die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder ihre VertreterÅ¼ auf den geeigneten EbenenÅ¼ anzuhÄ¶ren, ist beispielsweise auch in ArtÂ 27 Charta der Grundrechte der EU zumindest angelegt (*zur Verbindlichkeit, Anwendbarkeit und UmsetzungsbedÄ¶rftigkeit dieses Rechtsgrundsatzes, vgl nur Jarass, Charta der Grundrechte der EU, 4.Â Aufl 2021, ArtÂ 27 RdNrÂ 10Â ff*). Der Versicherungsschutz der KlÄ¶gerin hÄ¶ngt somit nicht davon ab, ob sie zB Mitglied

des Betriebsrates oder Vertrauensperson schwerbehinderter Menschen ([Ä§Ä 179 SGBÄ IX](#)) war und sich in dieser Funktion fÄ¼r den Arbeitskollegen eingesetzt hat (zur versicherten BetriebsratsÄtigkeit vgl BSG Urteile vom 15.5.2012 [âÄÄ BÄ 2Ä U 8/11Ä RÄ](#) [âÄÄ BSGEÄ 111, 37Ä](#) = SozR 4 [âÄÄ 2700 Ä§Ä 2 NrÄ 20, RdNrÄ 60, vom 20.2.2001](#) [âÄÄ BÄ 2Ä U 7/00Ä RÄ](#) [âÄÄ BSGEÄ 87, 294, 295Ä fÄ](#) = [SozR 3 \[âÄÄ 2200 Ä§Ä 539 NrÄ 54\]\(#\) SÄ 229Ä f](#) und vom 20.5.1976 [âÄÄ 8Ä RU 76/75 Ä](#) [âÄÄ BSGEÄ 42, 36, Ä 37Ä](#) = SozR 2200 Ä§Ä 539 NrÄ 19 SÄ 44Ä f).

Ä

17

cc)Ä Gegebenenfalls wird das LSG zu klÄren haben, ob die KlÄgerin nach den besonderen UmstÄnden des Einzelfalls jedenfalls subjektiv davon ausgehen konnte, sie erfÄ¼lle mit dem Eintreten fÄ¼r ihren Kollegen auch eine Verpflichtung aus dem BeschÄftigungsverhÄltnis oder nehme unternehmensbezogene Rechte aus dem RechtsverhÄltnis wahr.

Ä

18

b)Ä Soweit das LSG [âÄÄ](#) bereits das Vorliegen eines von auÄen auf den KÄrper der KlÄgerin einwirkendes Ereignisses [âÄÄ](#) verneint hat, weil keine [âÄÄ](#) Extremsituation [âÄÄ](#) vorgelegen habe, sondern in dem GesprÄch mit dem Vertreter der Filialleiterin [âÄÄ](#) unterschiedliche StandpunkteÄ [âÄÄ](#) sachlich und in einem angemessenen Ton [âÄÄ](#) ausgetauscht worden seien, hat es einen [âÄÄ](#) Unfall [âÄÄ](#) mit rechtlich unzutreffenden ErwÄrgungen abgelehnt. Denn fÄ¼r den Unfallbegriff ist nicht konstitutiv, dass ein besonderes, ungewÄhnliches oder gar [âÄÄ](#) extremes [âÄÄ](#) Geschehen vorliegt. Auch alltÄgliche VorgÄnge kÄnnen ein von auÄen auf den KÄrper einwirkendes Ereignis sein (vgl BSG Urteile vom 29.11.2011 [âÄÄ BÄ 2Ä U 23/10Ä RÄ](#) [âÄÄ NZS 2012, 390 RdNrÄ 15; vom 17.2.2009](#) [âÄÄ BÄ 2Ä U 18/07Ä RÄ](#) [âÄÄ SozR 4 \[âÄÄ 2700 Ä§Ä 8 NrÄ 31\]\(#\) RdNrÄ 10](#) und vom 12.4.2005 [âÄÄ BÄ 2Ä U 27/04Ä RÄ](#) [âÄÄ BSGEÄ 94, 269Ä](#) = [SozR 4 \[âÄÄ 2700 Ä§Ä 8 NrÄ 15, RdNrÄ 7\]\(#\)](#)). FÄ¼r die erforderliche Einwirkung von auÄen genÄgt es daher, dass die KlÄgerin die gesprochenen Worte mit den HÄrzellen ihrer Ohren und die Gestik sowie Mimik ihres GesprÄchspartners mit den Sehzellen ihrer Augen wahrnahm, sodass sich ihr physiologischer KÄrperzustand Änderte (vgl dazu BSG Urteile vom 26.11.2019 [âÄÄ BÄ 2Ä U 8/18Ä RÄ](#) [âÄÄ SozR 4-2700 Ä§Ä 8 NrÄ 71 RdNrÄ 18 mwN](#) und vom 24.7.2012 [âÄÄ BÄ 2Ä U 9/11Ä RÄ](#) [âÄÄ SozR 4 \[âÄÄ 2700 Ä§Ä 8 NrÄ 44 RdNrÄ 42\]\(#\)](#)). Insofern kÄnnen bereits bloÄe Wahrnehmungen (Sehen, HÄren, Schmecken, Ertasten, Riechen) ÄuÄere Ereignisse darstellen (BSG Urteil vom 26.11.2019 [âÄÄ BÄ 2Ä U 8/18Ä RÄ](#) [âÄÄ SozR 4 \[âÄÄ 2700 Ä§Ä 8 NrÄ 71 RdNrÄ 18\]\(#\)](#)). Ein solches Ereignis lag hier in dem intensiven GesprÄch zwischen der KlÄgerin und dem Stellvertreter der Filialleiterin, in dessen Verlauf unterschiedliche Standpunkte ausgetauscht wurden und das unschÄn, unharmonisch und frostig endete. Auch wenn das LSG festgestellt hat, dass dieses GesprÄch sachlich und in einem angemessenen Ton gefÄ¼hrt wurde, wirkte die

Wahrnehmung der Äußerungen des stellvertretenden Filialleiters auf den Körper der Klägerin ein. Das LSG hat insofern festgestellt, dass sie bei dem Gespräch psychisch erregt reagierte. Allerdings fehlen weitere Feststellungen zu dem genauen Inhalt und den sonstigen Umständen des Gesprächs. Sie werden nicht dadurch ersetzt, dass das LSG auf die Unfallschilderung der Klägerin und den Inhalt der Verwaltungsakte Bezug genommen, die Ausführungen des SG zur Vernehmung des Vertreters der Filialleiterin als Zeugen wiedergegeben und auf dessen protokollierte Aussagen verwiesen hat. Denn Feststellungen, die das BSG nach [§ 163 Halbsatz 1 SGG](#) binden, erfordern eine eigene Entscheidung des Tatrichters, dass er die entscheidungserheblichen Tatsachen als wahr ansieht. Nach [§ 128 Abs 1 Satz 1 SGG](#) entscheidet das Gericht nach seiner freien, aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Überzeugung, von welchem Sachverhalt bei der rechtlichen Beurteilung auszugehen ist; das Ergebnis dieses Entscheidungsprozesses und die für die Überzeugungsbildung maßgebenden Gründe sind im Urteil anzugeben (*Satz 2*). Es genügt deshalb nicht, wenn die Darstellung der Beteiligten oder die Aussagen von Zeugen inhaltlich oder sogar wörtlich referiert werden oder auf Aktenbestandteile bzw. Sitzungsniederschriften verwiesen wird. Entscheidend ist vielmehr, dass das Gericht die Aussagen bewertet und mitteilt, welche Angaben es für wahr hält und deshalb seiner rechtlichen Beurteilung zugrunde legt. Die [§ 128 Abs 1 SGG](#) inhaltlich entsprechende Regelung in [§ 286 Abs 1 ZPO](#) bringt dies deutlicher zum Ausdruck, wenn es dort heißt, das Gericht habe nach freier Überzeugung zu entscheiden, ob eine tatsächliche Behauptung für wahr oder für nicht wahr zu erachten sei. Das Gericht muss sich ein Beweisergebnis zu eigen machen, d.h. es muss eigene Feststellungen treffen (vgl. *BSG Urteil vom 16.3.2021 – B 2 U 11/19 R – juris RdNr 16 – zur Veröffentlichung in SozR 4 vorgesehen; Häbschmann, BeckOGK, SGG, Stand 1.5.2021, § 128 RdNr 16, 18; Krasney/Udsching, Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens, 7. Aufl 2016, IX. Kap, RdNr 377; Aussprung in Roos/Wahrendorf, SGG, 2014, § 128 RdNr 8 f*). Demgegenüber ist es dem Revisionsgericht grundsätzlich verwehrt, Beweisergebnisse und sonstige Umstände selbst zu würdigen und auf dieser Grundlage Tatumsstände festzustellen (vgl. *Leitherer in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Aufl 2020, § 163 RdNr 1, 5 ff mwN*).

Ä

19

c) Weiterhin fehlen Feststellungen dazu, welche Gesundheitsschäden bei der Klägerin entstanden sind. Das LSG hat lediglich festgestellt, dass sie auf ihrem Stuhl sitzend kollabiert sei. Welche Gesundheitsstörung dem zugrunde lag und welcher Gesundheitsschaden eingetreten ist, bleibt unklar. Das LSG benennt einerseits eine *Herzrhythmusstörung* und einen *Herzstillstand*, diskutiert aber andererseits auch einen *plötzlichen Herztod*. Ohne Feststellung der konkreten Gesundheitsstörungen kann ihre Ursache jedoch nicht beurteilt werden (vgl. dazu *BSG Urteile vom 6.10.2020 – B 2 U 10/19 R – juris RdNr 21* und vom 26.11.2019 – *B 2 U 8/18 R – SozR 4 – 2700*).

Â§Â 8 NrÂ 71 RdNrÂ 19). Das LSG wird daher â□□Â ggf mit sachverstÃ¤ndiger HilfeÂ â□□ prÃ¤zise ermitteln und prÃ¼fen mÃ¼ssen, ob und welche GesundheitsstÃ¶rungen bei der KIÃ¤gerin im Zusammenhang mit dem GesprÃ¤ch aufgetreten sind.

Â

20

d)Â Ebenso wird das LSG noch festzustellen haben, ob das GesprÃ¤ch als einwirkendes Ereignis diesen noch konkret festzustellenden Gesundheitsschaden im naturwissenschaftlich-philosophischen Sinne objektiv (1.Â Stufe) und rechtlich wesentlich (2.Â Stufe) verursacht hat. Ob die Wahrnehmungen der KIÃ¤gerin wÃ¤hrend des GesprÃ¤chs mit dem Vorgesetzten auf der 1.Â Stufe einen Gesundheitsschaden hinreichend wahrscheinlich hervorgerufen haben, wird das LSG mithilfe medizinischer SachverstÃ¤ndiger ermitteln mÃ¼ssen, die dabei den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand zugrunde zu legen haben (vgl BSG Urteil vom 6.10.2020 â□□Â [BÂ 2Â U 10/19Â RÂ](#) â□□ juris RdNrÂ 27, mwN zur VerÃ¶ffentlichung in SozRÂ 4 vorgesehen). Ob die versicherte Einwirkung eine Ursache fÃ¼r den Gesundheitsschaden war, ist eine rein tatsÃ¤chliche Frage (vgl BSG Urteile vom 17.12.2015 â□□Â [BÂ 2Â U 8/14Â RÂ](#) â□□ SozR 4â□□2700 Â§Â 8 NrÂ 55 RdNrÂ 19 mwN und vom 18.6.2013 â□□Â [BÂ 2Â U 10/12Â RÂ](#) â□□ SozR 4â□□2700 Â§Â 8 NrÂ 47 RdNrÂ 16). Steht fest, dass das StreitgesprÃ¤ch mit dem Vertreter der Filialleiterin eine (ÃuÃ¶ere) Ursache des Kollaps im naturwissenschaftlich-philosophischen Sinne war, wird das LSG weiter zu erforschen haben, ob daneben â□□Â wie die Beklagte behauptetÂ â□□ kardiale Dispositionen, langjÃ¤hrige Vorerkrankungen (anfallartiges Herzrasen durch Tachykardien, generelle Kollapsneigung, etwaige Verengung der HerzkranzgefÃ¤Ã¶e) bzw die Nebenwirkungen eines tags zuvor angeblich erstmals eingenommenen Medikaments zur Behandlung einer Allergieerkrankung als weitere (Mitâ□□)Ursachen wirksam geworden sind. Auch insoweit wird sich das LSG der Hilfe medizinischen Sachverstandes bedienen mÃ¼ssen. Keinesfalls verdrÃ¤ngt die bloÃ¶e MÃ¶glichkeit der Mitverursachung durch eine nicht versicherte Ursache die festgestellte UrsÃ¤chlichkeit der versicherten TÃ¤tigkeit, weil hypothetische Ereignisse als Ursachen ausscheiden. Insoweit ist zu beachten, dass fÃ¼r die Feststellung eines Arbeitsunfalls der volle Beweis fÃ¼r das Vorliegen sowohl einer versicherten als auch einer nicht versicherten Ursache gefÃ¼hrt sein muss und lediglich fÃ¼r die Feststellung des Ursachenzusammenhangs eine hinreichende Wahrscheinlichkeit genÃ¼gt (vgl BSG Urteil vom 17.2.2009 â□□Â [BÂ 2Â U 18/07Â RÂ](#) â□□ SozR 4â□□2700 Â§Â 8 NrÂ 31 RdNrÂ 15 mwN).

Â

21

Steht fest, dass neben der versicherten auch eine konkurrierende, nicht versicherte Ursache das Unfallereignis objektiv kausal (mit-)bewirkt hat, ist auf der 2.Â Stufe juristisch zu entscheiden, welche der Ursachen rechtserheblich nach der Theorie der

wesentlichen Bedingung gewesen sind. Selbst wenn eine versicherte Verrichtung als Ursache für einen Gesundheitsschaden feststeht, muss auf der 2. Stufe die Einwirkung rechtlich unter Würdigung auch aller auf der 1. Stufe festgestellten weiteren mitwirkenden nicht versicherten Ursachen die Realisierung einer in den Schutzbereich des jeweils erfallten Versicherungstatbestandes fallenden Gefahr sein. Bei dieser reinen Rechtsfrage nach der Wesentlichkeit der versicherten Verrichtung für den Erfolg der Einwirkung muss entschieden werden, ob sich durch die Verrichtung ein Risiko verwirklicht hat, gegen das der jeweils erfallte Versicherungstatbestand gerade Schutz gewähren soll (vgl. BSG Urteil vom 17.12.2015 – B 2 U 8/14 R – SozR 4-2700 § 8 Nr. 55 RdNr. 20). Dabei wird das LSG zu beachten haben, dass der Schutzbereich der gesetzlichen Unfallversicherung grundsätzlich auch Gesundheitsschäden erfasst, die durch psychische Einwirkungen verursacht werden. Andere nicht versicherte Mitursachen können die rechtliche Zurechnung ausschließen. Das ist der Fall, wenn die nicht versicherten (Mit-)Ursachen das Unfallgeschehen derart geprägt haben, dass sie die versicherte Ursache verdrängen, weil sie überberragende Bedeutung haben, so dass der Schaden im Wesentlichen rechtlich nicht mehr dem Schutzbereich des jeweiligen Versicherungstatbestandes unterfällt. Die versicherten und die auf der ersten Zurechnungsstufe festgestellten nicht versicherten Ursachen und ihre Mitwirkungsanteile sind in einer rechtlichen Gesamtbeurteilung anhand des zuvor festgestellten Schutzzwecks des Versicherungstatbestandes zu bewerten (vgl. BSG Urteil vom 18.6.2013 – B 2 U 10/12 R – SozR 4-2700 § 8 Nr. 47 RdNr. 18 mwN). Diese rein rechtliche Bewertung obliegt zunächst dem LSG als Berufungsgericht und kann derzeit wegen der fehlenden entsprechenden Feststellungen nicht durch das Revisionsgericht erfolgen.

Ä

22

Das LSG wird auch über die Kosten des Revisionsverfahrens zu entscheiden haben.

Erstellt am: 21.01.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024